

Hartmut Soell
Helmut Schmidt



Helmut Schmidt
1969 – 1972 Verteidigungsminister
1972 Wirtschafts- und Finanzminister
1972 – 1974 Finanzminister
1974 – 1982 Bundeskanzler
seit 1983 Herausgeber der »Zeit«

HARTMUT SOELL

Helmut Schmidt

1969 bis heute

Macht und Verantwortung

Deutsche Verlags-Anstalt

Inhalt

Vorbemerkung	11
VERTEIDIGUNGSMINISTER IM ERSTEN KABINETT WILLY BRANDTS 1969–1972	13
Das neue Amt – eine Zurücksetzung?	13
Hochfliegende Wortwahl: Die Debatte zur Regierungserklärung	18
Vom »Messias« zum »Zauberlehrling« oder: Wie führe ich die Armee in Zeiten des Umbruchs?	23
Erblast: Von Grashey zu Schnez	26
Politische und militärische Führung: Der Blankenese-Erlass	41
Weißbuch '70	48
Streit der Stars im Kabinett	55
Wie Scharnhorst an der Spitze des Fortschritts: Universitäten für die Bundeswehr	63
Der Protest der Unnaer Hauptleute	68
German Hair Force	76
Sicherheitspolitik im Spagat zwischen Abschreckung und Entspannungseuphorie	82
Gemeinsamkeit in der Außenpolitik – aber wie und mit wem?	98
STELLVERTRETENDER PARTEIVORSITZENDER: ZWISCHEN PRAGMATIK UND PROGRAMMATIK	117
Ambivalenz: Schmidt und die Jusos	117
Das Langzeitprogramm: »mehr Rationalität in der Politik«	135
Trotz Raubbau an der Gesundheit: Als Nachfolger Schillers »in die Bresche getreten«	145
Mehr Pflicht als Kür	168

FINANZMINISTER IM ZWEITEN KABINETT BRANDT	196
Ein holperiger Start	196
1973 – ein gefährliches Jahr?	226
»Meistererzähler« im Parlament	243
Helmut Schmidt – »Retter oder Quäler der Nation?«	246
Der Kongress tanzt – auf einem Vulkan?	258
Weltwirtschaftsrezession durch Ölpreisexplosion	262
Deutsch-amerikanische Zweisamkeit –	
Notanker einer auseinanderfallenden EWG?	268
Die Washingtoner Energiekonferenz –	
Sinnbild europäischer Zerissenheit?	272
MIT »SCHWEISS, SPARSAMKEIT, SOLIDARITÄT« INS KANZLERAMT?	280
Die Zäsur des Parteitags in Hannover 1973	285
Wehner gegen Brandt – Streit zweier Linien	293
»Dann kommt Schmidt«	305
Brandts Rücktritt als Kanzler –	
Resignation oder Schurkenstück?	319
BRANDTS ERBE – WEDER DORNENKRONE NOCH DIADEM	333
Kontinuität und Konzentration –	
die Leitlinien des ersten Kabinetts Schmidt	338
Schmidts interne Führungsriege:	
das »Kleeblatt« im Kanzleramt	346
Eppers Rücktritt – ein homogenes Kabinett?	351
IM KAMPF GEGEN DEN ZERFALL DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT	358
Deutsch-französische »Konvergenz«	358
Deutschland – »Italiens neuer Gottvater«?	366
Der informelle Gipfel der Neun – ein neuer Anfang?	373
Der deutsch-französische »Honigmond« – schon zu Ende?	380

INHALT

Ein Labour-Parteitag ohne High Noon	384
Fortschritte im Schneckenangang: Europäische Gipfel in Paris, Dublin und Rom	390
Symbolpolitik	397
Amerikanischer als die Amerikaner?	401
WELTWIRTSCHAFTSGIPFEL ALS SEELENMASSAGE?	415
Von der National- zur Globalökonomie	415
Rambouillet: Gemeinsame Verantwortung für die Weltwirtschaft	423
Weitenausgreifende Konzeptionen und europäischer Alltag	434
Europäische Innenpolitik – ein Testlauf	440
Puerto Rico – »Rambouillet zwei«	449
Transatlantische Innenpolitik?	456
OSTPOLITIK – EINE FILIGRANARBEIT	461
Als »Oberheizer« im politisch frostigen Kreml	471
Der KSZE-Gipfel in Helsinki	484
Das Abkommen mit Polen – ein »makabrer Menschenhandel«?	491
»Innerdeutsche« Beziehungen im engen Korsett	501
Fernostpolitik – ein deutscher Kanzler bei Mao	511
Eine gemischte Zwischenbilanz	521
AUSWÄRTS DER HELD BEIDER WELTEN – ZU HAUSE AUF DER ISOLIERSTATION?	528
Mehr »Distanz« als »Loyalität«	528
»Politik ist pragmatisches Handeln zu sittlichen Zwecken«	540
Zurück zur Mitte	543
Konjunktur- und Steuerpolitik mit stumpferen Instrumenten	558
Mehr Verantwortung durch Mitbestimmung	566
Niederlagen von Hannover bis Stuttgart	569

BUNDESTAGSWAHL 1976	575
Modell Deutschland versus Freiheit oder (statt) Sozialismus	575
Der Staat als moralischer Oberhirte?	580
Regierung der inneren Reformen	584
Aus der Defensive	589
Ein achtbarer Erfolg	598
SOLIDARITÄT UND LIBERALITÄT UNTER ERSCHWERTEN BEDINGUNGEN: SCHMIDTS ZWEITES KABINETT	603
Beim Start gestolpert	603
Das Rentendebakel	612
Kanzlerwahl	617
Übernahm der »Sieger« das Programm der »Besiegten«?	621
Das »Marbella-Papier« – gefesselt wie Gulliver?	628
Durch neue Herausforderungen zu neuem Selbstvertrauen	634
DEMOKRATEN GEGEN DEN TERRORISMUS	640
Die RAF – ein »Zerfallsprodukt« der Achtundsechziger	640
Unterschiedliche Handlungsweisen:	
Die Entführung von Peter Lorenz und der Überfall auf die Stockholmer Botschaft	648
Die Entführung Hanns Martin Schleyers	659
Die Kaperung der Landshut	671
DAS EUROPÄISCHE WÄHRUNGSSYSTEM – EINE WICHTIGE ETAPPE	691
DAS DRAMA UM DEN DOPPELBESCHLUSS DER NATO	709
Die Neutronenwaffe – ein Vorspiel	712
Die Bonner Deklaration – gegen militärische Überlegenheit	723
Guadeloupe: Der Knoten beginnt sich zu schürzen	729
Die Nachrüstung – eine einsame Entscheidung?	735
Afghanistan – eine Epochenwende	744
Venedig: Der Streit mit Carter auf dem Höhepunkt	756

INHALT

»Nicht alle werden Schmidt beneiden«: Der Moskau-Besuch 1980	761
DIE KERNENERGIE-KONTROVERSE ODER: SIND »ÜBERLEBENSFRAGEN« KOMPROMISSFÄHIG?	773
ORIENTIERUNG IN DER OFFENEN GESELLSCHAFT	791
Kritik am »schwachen historischen Bewusstsein«	794
Jede Woche einen Tag ohne Fernsehen	800
Kunst im Kanzleramt	803
Politik und kirchliches Lehramt	812
SZENEN DES NIEDERGANGS EINER KOALITION	819
Vom »Friedenskanzler« zum »Raketenzkanzler«: Schmidt und der Nuklearpazifismus	837
Zwischen Appeasement und bloßem Aktionismus – eine Gratwanderung	848
Der Koalitionspartner: Springt er oder springt er nicht? Genschers »Wende«-Brief	859
Mikado-Endspiel: Wer bewegt sich zuerst?	869
Erfolgreich regiert – und am Ende ausmanövriert	894
LOKI: »NICHT BEREIT ZU GLÄNZEN« UND DOCH »GEFEIERT WIE EIN FILMSTAR«	902
AUSSER DIENST?	913
Doppelbeschluss, letzte Phase	913
Publizist und Buchautor	921
STATT EINER SCHLUSSBETRACHTUNG: SCHMIDTS LEITMOTIV	943

INHALT

ANHANG

Dank	949
Anmerkungen	953
Auswahlbibliographie	1065
Namenregister	1074
Bildnachweis	1082

Vorbemerkung

Der 2003 erschienene erste Band dieser zweibändigen Biographie (»Helmut Schmidt 1918–1969, Vernunft und Leidenschaft«) schildert Kindheit und Jugend sowie den Kriegsdienst und politischen Aufstieg Helmut Schmidts in den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten. Dieser Weg in die Politik als Beruf war aus Schmidts Sicht weniger folgerichtig, als dies dem äußeren Anschein nach der Fall war. Von Zeit zu Zeit versuchte er sich Auswege offen zu halten.

Nicht nur das steigende Lebensalter – er war im Dezember 1968 fünfzig Jahre alt geworden – schränkte solche Möglichkeiten mehr und mehr ein. Auch der Reiz, den wachsende Herausforderungen auf ihn ausübten, machte einen Ausstieg aus der Politik immer weniger wahrscheinlich.

Seit Herbst 1966 nahm die SPD im Rahmen der Großen Koalition zum ersten Mal seit 36 Jahren wieder an einer Regierung auf nationaler Ebene teil. Schmidt hatte an deren Zustandekommen wie an ihren Erfolgen maßgeblich mitgewirkt. Im März 1967 wählte ihn die SPD-Bundestagsfraktion als Nachfolger des früh verstorbenen Fritz Erler zu ihrem Vorsitzenden. Ein Jahr später wurde er auf dem Parteitag in Nürnberg neben Herbert Wehner zu einem der beiden stellvertretenden Vorsitzenden der SPD gewählt.

Die seit Anfang der sechziger Jahre so unverbrüchlich erscheinende freundschaftliche Beziehung Schmidts zum Vorsitzenden Willy Brandt war in der Folgezeit durch die unterschiedliche Haltung beider zur Studentenbewegung und zu den neu aufkommenden linken Strömungen in der SPD Belastungen ausgesetzt. Dies trug dazu bei, dass in den Wochen vor der Bundestagswahl 1969 erneut die Frage akut zu werden schien, ob Schmidt nach der Wahl einen Posten in der Wirtschaft annehmen oder weiter das tun würde, was er in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten mit wachsendem Einfluss getan hatte – mit Vernunft, Leidenschaft und Verantwortungsbewusstsein die deutsche Politik nach innen und außen mitzugestalten.

VORBEMERKUNG

Nach der Wahl schien sich in der Öffentlichkeit die Frage durch Schmidts Übernahme des Verteidigungsministeriums überraschend schnell erledigt zu haben. Doch der Abschied vom Fraktionsvorsitz fiel ihm nicht leicht, bot das neue Amt doch nicht nur aktive Gestaltungsmöglichkeiten, sondern auch – zumal für Sozialdemokraten – politische Risiken.

Verteidigungsminister im ersten Kabinett Willy Brandts 1969–1972

DAS NEUE AMT – EINE ZURÜCKSETZUNG?

Dem Vernehmen nach soll Helmut Schmidt das neue Amt, gegen dessen Übernahme er sich etliche Tage heftig gewehrt hatte, »mit bleiernen Gliedern« angetreten haben.¹

Wie das? War er nicht seit eineinhalb Jahrzehnten auf diese Aufgabe besser vorbereitet als jeder andere Politiker in der Bundesrepublik? Reizten ihn nicht Gestaltungsmöglichkeiten, die ihm durch die Übernahme der Befehls- und Kommandogewalt über die inzwischen an Umfang und Ausrüstung stärkste konventionelle Streitmacht in Westeuropa auch auf internationalem Feld zuwuchsen? Drei Jahre zuvor hatte er zwar in einer Bundestagsdebatte hervorgehoben, dass das Verteidigungsministerium in besonderer Weise die Fehler, die jeder Mensch habe, exponierte.² Gleichwohl hatte er dort den Eindruck hinterlassen, er traue es sich zu, dieses von ihm als »mörderisch« bezeichnete Amt, das keinem der bisherigen Inhaber politisch Glück gebracht hatte, so bald wie möglich anzutreten.

Woher kam dieser Sinneswandel? Zunächst hatte er schon auf dem Wahlparteitag im Frühjahr 1969 mit Bitterkeit registrieren müssen, wie gering die Solidarität in der Parteiführung entwickelt war, wenn es galt, den Jungen entgegenzutreten, die den mühsam erworbenen Grundkonsens in Existenzfragen der Bundesrepublik – etwa deren Zugehörigkeit zur NATO – in Frage stellten.³ Noch wichtiger war die Erfahrung, die er seit Ende 1966 gemacht hatte: Kein Amt – außer dem des Kanzlers – bot eine solche Fülle von Gestaltungsmöglichkeiten und war so zentral für die Binnen- wie die Außenwirkung der Partei wie das des Fraktionsvorsitzenden. Wenige Tage, nachdem er sich – ebenso wie Alex Möller, dem das Finanzressort zufiel⁴ – von Brandt und Wehner hatte breitschlagen lassen, das neue Amt zu übernehmen, legte er in einem Brief an Brandt noch einmal seine Auffassung dar:

»Der Fraktionsvorsitzende der SPD wird der bei weitem wichtigste Minister der neuen Koalition sein – nach innen wie außen. Ich würde diese Aufgabe gerne behalten. Ich bin bereit, diese Aufgabe an Herbert abzugeben, weil Ihr das Verteidigungsressort für anderweitig nicht besetzbar haltet. Ich bin jedoch nicht bereit zur Einleitung einer weiteren *diminutio capitis*.«⁵

War der Verweis auf die Zurücksetzung nur die herbe Reaktion auf den Bedeutungsverlust? Wohl auch das. Aber zugleich verbarg sich dahinter ein ganzes Bündel von Sorgen und Befürchtungen. Entstanden war es durch die Absicht Brandts, Horst Ehmke im Ministerrang zum Behördenleiter des Kanzleramts zu machen. Ein Leiter des Kanzleramtes im Ministerrang widerspräche – wie es zu Recht in einem zeitgenössischem Kommentar hieß – dem »Grundsatz, dass das Kanzleramt kein Ressort [...] für die höheren Sphären der Politik«⁶ sein könne. Nicht zuletzt wegen der Sorge der SPD-Minister in der Großen Koalition, ihre Kompetenzen könnten gemindert werden, weil die eigentlichen politischen Entscheidungen dem Kanzleramt vorbehalten blieben, hatte Kanzler Kiesinger auf die Fortsetzung dieser Praxis verzichtet und das Kanzleramt – anders als Ludwig Erhard und Ludger Westrick – wieder durch einen beamteten Staatssekretär leiten lassen.

Brandt hatte berechtigte Gründe, dem umtriebigen Horst Ehmke, der nach Heinemanns Wahl zum Bundespräsidenten für einige Monate dessen Nachfolge als Justizminister angetreten hatte, seinen Ministerang zu belassen. Aber ihm zugleich die Leitung des Kanzleramtes zu übertragen, weckte Widerstände bei altgedienten wie bei neuen Kabinettsmitgliedern. Ehmkes persönlichem Fortkommen und der Untermauerung seines Rufes als politische »Mehrzweckwaffe« wäre die Übernahme eines wichtigen Fachressorts langfristig wahrscheinlich dienlicher gewesen. So aber weckte eben dieser Ruf bei etlichen seiner Kabinettskollegen den Verdacht, er werde die neue Position im Zentrum des Regierungsapparates sowohl zur Befriedigung seines persönlichen Ehrgeizes wie zur Minderung ihrer Kompetenzen nutzen.

Das Letztere war offenbar Schmidts geringste Sorge. Mehr Ärger bereitete ihm schon der Umstand, dass Ehmke in seiner neuen Position und mit seinen guten Kontakten zur Presse dem Gerede über die Rivalität zwischen ihnen beiden in der sogenannten Kronprinzenrolle neuen Auftrieb geben würde. Angesichts der Entschlossenheit, mit

der Brandt die Zügel der Kanzlerschaft schon vor seiner formellen Bestätigung durch den Bundestag ergriffen hatte, war für Schmidt noch klarer als zuvor, dass die Chance, diese jemals selbst zu erreichen, sich immer weiter entfernte.

Umso mehr ging es ihm darum, nicht in den Schatten des neuen politischen Zentralgestirns zu geraten, banaler gesprochen: weiter einen unmittelbaren Zugang zu Brandt zu haben und an allen wichtigen politischen Entscheidungen beteiligt zu werden. Deshalb unterstrich er gegenüber dem Kanzler, dass ein Bundesminister als »Kabinettskoordinator« seine Zustimmung nach wie vor nicht finden werde. Vielmehr müssten dessen »Aufgaben gegenüber Kabinett und Kabinettskollegen, Parlament und SPD-Fraktion sowie Öffentlichkeit klar begrenzt werden«⁷. Er räumte dabei ein, dass diese Begrenzung »in punkto Öffentlichkeit [...] am schwierigsten« sei. Jede wichtige Rede des Bundesministers im Kanzleramt werde als Meinung des Kanzlers aufgefasst werden – andererseits könne sich der Minister in seinem Wahlkreis nicht »totstellen«.

Im Hinblick auf seine eigene Rolle hatte Schmidt ursprünglich daran gedacht, den stellvertretenden Parteivorsitz niederzulegen, um die Bundeswehr aus den parteipolitischen Auseinandersetzungen möglichst herauszuhalten. In der neuen Konstellation bestand er auf dieser Funktion, damit er überhaupt eine Chance behielt, »sich außerhalb seiner Ressortzuständigkeit auch öffentlich zur Politik zu äußern«. Während ihm bei der Erfüllung der darüber hinausgehenden Forderung, in dieser Funktion »innerhalb von Kabinett und Koalition an den zentralen politischen Entscheidungen beteiligt« zu werden, Brandts mündliche »Willenserklärung«⁸ genügte, war ihm schon im Interesse der anderen Kabinettskollegen weiter an einer schriftlichen Fixierung von Ehmkes Kompetenzen als Chef des Kanzleramtes gelegen.⁹

In zwei Briefen Brandts an Ehmke wurden dessen Kompetenzen als »Bundesminister mit besonderen Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes« festgelegt. Im offiziellen Schreiben wurde darauf verwiesen, dass es sich nicht um einen Geschäftsbereich im Sinne des Artikel 65, Satz 2 GG handle, in dem die Bundesminister selbstständig und unter eigener Verantwortung tätig seien. Zugleich wurde festgestellt, dass nach der Geschäftsordnung der Bundesregierung Meinungsverschiedenheiten zwischen Bundesministern unter Vorsitz des Bundeskanzlers

geklärt würden: »Falls notwendig, entscheidet die Bundesregierung.«¹⁰ Damit wurde die Rolle der Bundesregierung als Kollegialorgan unterstrichen.

In einem Privatbrief vom gleichen Tag fügte Brandt als weitere Aufgabe hinzu, ihn »in besonderem Maße bei der laufenden Unterrichtung der stellvertretenden Parteivorsitzenden«¹¹ zu unterstützen. Zugleich unterstrich er, dass Ehmke im Fraktionsvorstand und in der Fraktion für Sachauskünfte aus dem Bundeskanzleramt zur Verfügung zu stehen habe und als Mitglied der Fraktion, wie alle anderen Bundesminister, zu politischen Fragen Stellung nehmen könne. Einschränkend hieß es dazu wörtlich: »Erklärungen im Namen der sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder würden durch Dich nicht abzugeben sein.«¹²

Der Gesamtvorgang enthielt ohnehin mehr als nur einen Hauch jener *Kapitulationen*, die im Alten Reich die Kurfürsten vor der Wahl dem künftigen König abverlangten. Weshalb schoss das Misstrauen plötzlich so hoch? War es nur der Widerstand gegen eine verfassungsrechtlich fragwürdige Lösung? Oder folgte Schmidt nur der alten Erfahrung, Klärungen in wichtigen Fragen zu erreichen, bevor sich die Regierungspraxis tief in die Alltagsroutine eingefressen hatte? Neben diesen beiden Faktoren war noch etwas Drittes im Spiel, das die bürokratisch anmutende Penetranz, mit der Schmidt vorging, erklärt. Schmidt agierte in jener Phase – bei aller Unterstützung, auf die er in der Sache unter Kabinettskollegen wie in der Fraktion zählen konnte – aus einem Moment der psychischen Schwäche. Ihm ging immer noch jener schon erwähnte Ausfall¹³ gegen Brandt nach, den ein redseliger Teilnehmer einer Konferenz entgegen interner Verabredung der Presse zugespielt hatte. Solche Tiraden waren nicht zuletzt Folgen einer Frustration.

Die Gefühle persönlicher Freundschaft, die Schmidt etliche Jahre Brandt entgegengebracht hatte, wurden von diesem nicht erwidert. Der Umstand, dass es vielen anderen so erging, zählte hier wenig. Wenn persönliche Sympathien schwinden, tritt die Einhaltung formaler Regeln in den Vordergrund. So auch hier. Selbst wenn sich Schmidt später beim Staatsoberhaupt beklagte, dass die Verabredungen nicht eingehalten würden – von einer »laufenden Unterstützung des stellvertretenden Parteivorsitzenden im besonderen Maße« könne keine Rede sein¹⁴ – klang ein Bedauern darüber an, dass Solidarität als Basis gegenseitigen Umgangs nicht mehr ausreichte.

Brandt seinerseits musste annehmen, dass Schmidt ihm einen Mann an seiner Seite nicht gönnte, der ihm viele der Mühen des politischen Alltags abzunehmen bereit und zugleich durch seine »fröhliche Unverfrorenheit« (Gustav Heinemann) in der Lage war, seine depressiven Phasen etwas abzukürzen. Trotz des damit verbundenen Ärgers, der die Sympathien für Schmidt nicht gerade erhöhte, hielt er dessen Tatkraft und strategischen Weitblick für kaum entbehrlich. Schließlich hatte er ihm für den risikoreichen Weg der künftigen Ostpolitik die Aufgabe der sicherheitspolitischen Brandmauer der Regierung zuge-dacht, die nach innen wie nach außen, besonders im Bündnis, für den notwendigen Flankenschutz sorgen sollte.

Deshalb stimmte Brandt sogleich allen Forderungen zu, die Schmidt »im Hinblick auf die Übernahme« des Verteidigungsressorts erhoben hatte. Dazu gehörten die gleichrangige protokollarische Einstufung des parlamentarischen Staatssekretärs mit dem des Auswärtigen Amtes und die Schaffung eines zweiten beamteten Staatssekretärs. Dieser sollte für Technik, Rüstung und Beschaffung zuständig sein und als »Laufbahnaußenseiter«¹⁵ möglichst aus der Industrie kommen. Auf ähnliche Weise von außen – etwa in Gestalt eines in strategischen Fragen versierten Journalisten – sollte der Leiter des neben der militärischen Führung zu errichtenden Planungsstabes berufen werden.

Als seinen Vertreter in der Befehls- und Kommandogewalt wünschte sich Schmidt Georg Leber, der erneut das Verkehrsressort übernehmen sollte. Gegen diese Forderung erhob Brandt ebensowenig Einwände wie gegen den Vorschlag, der Verteidigungsrat des Kabinetts müsse die »ganze Sicherheitspolitik umfassen«.¹⁶

Brandt wollte offenbar noch weitergehen und Schmidt den Vorsitz in diesem Gremium überlassen. Aber Schmidt bestand »aus staatspolitischer Notwendigkeit«¹⁷ darauf, dass dies weiterhin Sache des Kanzlers sei. Dem Verteidigungsminister sollte lediglich die Stellvertretung obliegen. An diesem Bestreben, den künftigen Kanzler nicht aus der letzten Verantwortung zu entlassen, die er auch auf diesem steinigem Feld innehatte, lässt sich – ebenso wie am gesamten Prozess der inneren Regierungsbildung – ablesen, dass das Mitte der sechziger Jahre auf Seiten Schmidts vorhandene unverbrüchliche Vertrauen nicht mehr galt.

Der große Respekt für Brandts Lebensweg und persönliche Integrität blieb dabei ungeschmälert. Aber die Zweifel in Brandts Führungs-

fähigkeiten wuchsen. Die Überzeugung, es besser zu können, verband sich mit der Sorge, auf eine undankbare Aufgabe abgedrängt zu werden. Diese Mischung schuf eine untergründige Missstimmung, die sich zwar nur gelegentlich – und überwiegend intern – äußerte. Aber sie war fortan ein Faktor, der vor allem in jenen Zeiten ins Gewicht fiel, in denen die Regierung durch andere, teilweise selbstgeschaffene Krisenmomente unter Druck stand.

Für die ersten Monate der neuen Regierung galt dieser Faktor jedoch noch kaum. Dazu war der Außendruck zu hoch.

HOCHFLIEGENDE WORTWAHL: DIE DEBATTE ZUR REGIERUNGSERKLÄRUNG

Die neue Koalition¹⁸ von Sozial- und Freidemokraten hatte – ohne die nicht stimmberechtigten Berliner Abgeordneten – vor der Opposition einen Vorsprung von zwölf Mandaten. Schon vor der Kanzlerwahl hatten drei FDP-Abgeordnete vom rechten Flügel (Erich Mende, Siegfried Zoglmann und Heinz Starke) zu verstehen gegeben, dass sie Brandt bei der Kanzlerwahl ihre Stimme verweigern würden. Mit 251 von 254 Stimmen der Koalition wurde er am 21. Oktober 1969 denn auch gewählt.

Schon das knappe Ergebnis von zwei Stimmen über der absoluten Mehrheit musste eine Opposition von der zahlenmäßigen Stärke der CDU/CSU in Versuchung führen, dieses erste Abbröckeln durch direkte wie indirekte Abwerbung zu verstärken. Umso mehr galt dies für jene Politiker in der Führung der Union, die den Regierungswechsel als eine Art illegitimen »Betriebsunfall« ohne eigenes Verschulden ansahen und deshalb danach trachteten, der Regierung stets aufs Neue den Prozess zu machen.

Dies war ein zusätzlicher Grund für die Regierung, die Flucht nach vorne anzutreten und in den Augen ihrer Anhänger auch dort zu bleiben. Brandt hatte schon in der ersten Sitzung der SPD-Fraktion nach der Wahl betont, er habe sich vorgenommen, »vor allem ein Bundeskanzler der inneren Reformen zu werden«¹⁹. In der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 schraubte er mit der Ankündigung gleich zu Beginn – »Wir wollen mehr Demokratie wagen« – und mit der die Rede abschließenden Botschaft – »Wir stehen nicht am Ende

unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an«²⁰ – die Ansprüche an sich selbst wie an die von ihm geführte Regierung noch um etliche Grade höher.

Zwischen der hochfliegenden Semantik und der sachlichen Substanz der angestrebten inneren Reformen klaffte allerdings eine erhebliche Lücke. Die neue Koalition machte nicht nur den Fehler, mit Steuerensenkungen zu beginnen, was ihr von Seiten des Oppositionsführers Barzel zu Recht den Vorwurf eintrug, sie betreibe eine »Politik der leichten Hand«. ²¹ Im sozialen Kernbereich einer zu erneuernden Demokratie – in der Beteiligung breiter Arbeitnehmerschichten am Sagen und Haben, also an Mitbestimmung und Vermögensbildung – drohte der Reformschwung zu versickern, den die SPD-Fraktion während der Großen Koalition entwickelt und der noch Teile eines von Schmidt kurz vor der Wahl konzipierten Dreißig-Punkte-Programms geprägt hatte. ²²

Dies war zum einen dem neuen Koalitionspartner und dessen Klientel geschuldet. Gewiss blieb auch Schmidt kaum etwas anderes übrig, als in Fraktion und Partei – im Vergleich zu dem viel größeren und robusteren früheren Partner CDU/CSU – für »größere Sorgfalt und Rücksicht« im Umgang mit einem kleinen und empfindlichen Koalitionspartner zu plädieren. ²³ Aber besonders angesichts der hochfahrenden Forderungen, mit denen Schmidt als Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion in den zurückliegenden Jahren von Seiten der großen Gewerkschaften konfrontiert worden war, fallen die maßvollen Wünsche auf, die führende Gewerkschafter der neuen Koalition entgegenbrachten. Die inneren Reformen im weitesten Sinne hätten deshalb genügend Stoff für die »große Kontroverse« geliefert, die nun – wie Barzel ankündigte – als »öffentliches Ringen um den besten Weg« im Parlament die hinter den verschlossenen Türen des »Kreißbronner Kreises« geführten Debatten der Großen Koalition ablösen sollte. ²⁴

Es geriet nicht nur Barzel, sondern der Union insgesamt zum Nachteil, dass sie in den folgenden Jahren diese »große Kontroverse« vornehmlich auf den Feldern der Außen- und Deutschlandpolitik zu führen versuchte und dadurch nach innen wie außen zeitweise in die Isolierung geriet. Das vergebliche Anrennen der SPD gegen Adenauers Westpolitik in den fünfziger Jahren hätte zeigen können, dass für eine Partei, die auf diesen Feldern gegen eine Politik operierte, die von einer Wählermehrheit als überfällig angesehen wurde, nichts außer Beulen zu holen war. Die Unruhe, die sich auf den Bänken der Opposition

breitmachte, als Brandt neben den Verhandlungen mit Moskau über das Thema Gewaltverzicht auch die Aufnahme von Gesprächen mit Warschau ankündigte²⁵, deutete schon an, dass zumindest Teile der CDU/CSU unter einem gewissen Wiederholungszwang standen.

In einem begrenzten Umfang trug das partnerschaftliche Verhältnis, das Barzel und Schmidt in den Jahren der Großen Koalition unterhalten hatten, dazu bei, dass der Letztere anfangs von Angriffen der Opposition weitgehend verschont wurde. Wichtiger war jedoch, dass die Notwendigkeit, die Bundeswehr in weiten Bereichen zu erneuern, auch von der CDU/CSU-Fraktion nicht bestritten werden konnte und Schmidt diese Notwendigkeit zwar in der Sache unterstrich, aber zugleich vermied, vorhandene wie sich neu auftuende Gräben zu vertiefen. Im Gegenteil: Bei der Amtsübernahme, die einen Tag nach der Vereidigung des Kabinetts am 22. Oktober 1969 auf der Hardthöhe stattfand, baute er Brücken der Kontinuität. Seinem Vorgänger, Gerhard Schröder, dankte er in einem Tagesbefehl dafür, dass er »seine Arbeit im Geiste des Grundgesetzes und im Sinne der von uns bisher gemeinsam getragenen Regierungspolitik geleistet« habe.²⁶ Dabei verschwieg er in seiner Ansprache vor den Mitarbeitern des Ministeriums nicht, dass bei dem nun mit vertauschten Rollen fortzuführenden Dialog in der Außen- und Verteidigungspolitik künftig »auch die Klinge zu kreuzen« sein würden. Dies gelte »im heutigen Fall eines grundlegenden Regierungswechsels in besonderem Maße«.

Schmidt zeigte Verständnis dafür, dass eine Armee, die ihrem Wesen nach des Prinzips von Befehl und Gehorsam bedürfe, »dem Traditionellen stärker verhaftet« sei als andere Teile der Gesellschaft. Gleichwohl müsse die Bundeswehr nach vorn schauen. »Veränderungen der gesellschaftlichen Wert- und Leistungsmaßstäbe« müssten sich vielfach auch im militärischen Bereich niederschlagen. In diesem »ständigen Prozess der Integration von Bundeswehr und Gesellschaft« sah er auch künftig »eine Hauptaufgabe«. Er hoffe, dass die »Ausübung des Oberbefehls durch einen sozialdemokratischen Politiker« dazu beitragen werde, dass dieser gegenseitige Integrationsprozess von Gesellschaft und Bundeswehr sich vervollkomme. Die Gesellschaft müsse begreifen, dass die Gleichsetzung von militärischen und zivilen Aufgaben nur sehr begrenzt möglich sei.

Umgekehrt müsse der Soldat wissen, dass militärische Disziplin innerhalb einer modernen Armee genauso notwendig sei wie eh und

je, dass aber »auf Einsicht beruhender mitdenkender Gehorsam und die Einführung moderner Leistungskriterien nicht nur mit den Vorstellungen einer freiheitlichen, einer demokratischen Gesellschaft nahtlos zu vereinbaren, sondern dass sie darüber hinaus fortschrittsnotwendig« seien.²⁷

So wenig spektakulär wie möglich vollzog er den Übergang. Neben »Kontinuität« und »Integration« fungierten noch »Modernisierung« und »Reform«, »Veränderung« und »Fortschritt« als weitere vertraute Leitbegriffe. Durch den Verzicht auf jedes Pathos praktizierte, ja zelebrierte er geradezu demokratische Normalität. Außer dem Hinweis, dass er und sein Freund Karl Wilhelm (Willi) Berkhan – der künftige parlamentarische Staatssekretär – von Anfang an dem Aufbau der Bundeswehr aufs Engste verbunden gewesen waren, vermied er auch einen legitimierenden Rückgriff auf die Geschichte. Dennoch war vielen der Anwesenden bewusst, dass hier zum zweiten Mal in der jüngeren deutschen Vergangenheit ein Sozialdemokrat dieses schwierige Amt übernommen hatte. Der erste war gescheitert – nicht nur am eigenen Unvermögen, sondern auch an höchst widrigen Zeitumständen.

Die traumatischen Wirkungen, die das politische Scheitern Gustav Noskes im März 1920 innerhalb der SPD auslösten, waren beträchtlich und für die Zeit unmittelbar danach verständlich. In späteren Jahren, weit über die Weimarer Republik hinaus, diente das Noske-Trauma vielen Sozialdemokraten auch als Alibi, um sich mit den Problemen der militärischen Macht und mit ihrem der Zivilgesellschaft auf den ersten Blick so wesensfremd erscheinenden Prinzip von Befehl und Gehorsam gar nicht erst beschäftigen zu müssen.

Wer es dennoch tat – zumeist nicht lustvoll, sondern im Auftrag der Parteiführung oder aus eigener, besserer Einsicht –, geriet häufig in den Verdacht, ein verkappter Militarist zu sein. Nicht nur die SED und ihre westdeutschen Ableger, sondern auch Sozialdemokraten waren in den fünfziger und frühen sechziger Jahren mit dem Etikett »Erlers-Noske« oder »Schmidt-Noske« schnell bei der Hand.

Mit den durch die Studentenbewegung ausgelösten Radikalisierungsschüben auf der Linken, die Ende der sechziger Jahre auch die Jungsozialisten in der SPD erreichten, erhielten solche Tendenzen erneut Auftrieb. Schmidt war klug beraten, diese Stereotype nicht zusätzlich zu füttern, sondern nach vorn zu schauen.

Auch in seinem Beitrag zur Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 – Brandt hatte ihn weitgehend unverändert übernommen²⁸ – verzichtete er auf die Ankündigung eines spektakulären Reformprogramms. In den Mittelpunkt rückte er eine »umfassende kritische Bestandsaufnahme der Bundeswehr«, die »der Wandel unserer Gesellschaft und der Fortschritt der Technik [...], vor allem aber die praktische Erfahrung unserer Soldaten« nötig gemacht hätten. »Die vorläufigen Ergebnisse dieser generellen Inventur und zugleich die beabsichtigten Veränderungen« würden, so hieß es dort weiter, dem Parlament im Verteidigungs-Weißbuch 1970 vorgelegt.

In der Debatte über die Regierungserklärung wurde Schmidt von den Sprechern der CDU/CSU nur wenig gefordert.

Der Beifall, den er bei seiner Rede aus den Reihen der Opposition erhalten hatte, blieb aus, als er sich dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung nach Artikel 4, Absatz 3 GG zuwandte, obwohl er auch hier versuchte, die Abgeordneten der Opposition einzubeziehen, die wie er als junge »Soldaten« im »Dritten Reich« »unter der Vergewaltigung des Gewissens« eine ganze Menge mitgemacht und erlitten hätten.

Er erinnerte daran, dass sie deshalb aus »innerer Überzeugung« den einschlägigen Artikel ins Grundgesetz hineingebracht und die Ausführungsgesetzgebung beschlossen hätten. Er habe keinen Grund gehabt, seither seine Einstellung zu dem Problem zu ändern. In einem Punkt habe er aber dazugelernt: Er glaube heute nicht mehr, dass eine Gewissensmeinung ernsthaft durch demokratische Abstimmung in einem Komitee erforscht werden kann. »Vielleicht«, so hieß es werbend dort weiter, »müssen wir daraus gemeinsam Konsequenzen ziehen.«²⁹

Obwohl absehbar war, dass der Druck, die Ausschüsse bei den Kreiswehrrersatzämtern zur Prüfung der Gewissensgründe der Kriegsdienstverweigerer abzuschaffen, aus beiden Koalitionsparteien steigen würde, tat Schmidt so, als ob die Ableistung des Wehrdienstes durch die große Mehrzahl der jungen Männer der Normalfall und die Kriegsdienstverweigerung die Ausnahme bleiben würde. Aber der Nachdruck, mit dem er dazu aufrief, »Drückebergerei« nicht zuzulassen und den Mangel an geeigneten Plätzen für den Ersatzdienst zu beseitigen, verriet die Sorge, dass es in der Zukunft anders werden könnte. Dafür gab es wieder Beifall auch aus den Reihen der CDU/CSU.

Es war, als ginge durch das Haus mehr als nur eine Ahnung, dass es – gerade angesichts sich ankündigender Konflikte in der Ost- und

Deutschlandpolitik – im Bereich der Verteidigungspolitik, ungeachtet der Auseinandersetzungen in Einzelfragen, Übereinstimmung im Grundsätzlichen weiterhin gab. Von dieser Grundstimmung profitierte Schmidt. Er brauchte sie auch, wenn das erreicht werden sollte, was er sich vorgenommen hatte: die Bundeswehr an Haupt und Gliedern zu erneuern – möglichst ohne dissonante Begleitmusik.

VOM »MESSIAS« ZUM »ZAUBERLEHRLING« ODER: WIE FÜHRE ICH DIE ARMEE IN ZEITEN DES UMBRUCHS?

Die Erwartungen, die sich bei der Amtsübernahme an Schmidt richteten, waren hoch – in der Öffentlichkeit, aber noch sehr viel mehr in der Bundeswehr. »Wie ein Messias« sei er anfangs in der Truppe begrüßt worden, äußerte eineinhalb Jahre später einer der zornigen jungen Hauptleute³⁰, wobei Enttäuschung darüber mitschwang, dass sich aus deren Sicht noch zu wenig oder gar einiges zum Falschen hin geändert hatte.

Überhaupt schien er von Anfang an von zornigen Männern umgeben zu sein, von jenen, die wie etliche Leutnante und Hauptleute in der Folgezeit ihre Kritik an Mängeln und Misständen öffentlich äußerten, wie von anderen – zumeist Generälen des Heeres –, die sie in mehr oder minder vertraulichen Denkschriften zu Papier brachten.

Rechtfertigte die Tatsache, dass es auch in der Bundeswehr ein Nebeneinander und teilweises Gegeneinander der politischen Generationen gab, schon die These, die Bundeswehr sei Spiegelbild der pluralistischen Gesellschaft? Mit dieser These hatten Schmidt, Erler, Berkhan und andere Politiker der SPD seit Anfang der sechziger Jahre innerhalb wie außerhalb ihrer Partei für ein besseres gegenseitiges Verständnis zwischen Gesellschaft und Streitkräften geworben.

An dieser These war zumindest eines richtig: Die Bundeswehr war so modern – im Sinne von traditionslos – wie andere politische Institutionen in der Bundesrepublik auch, angefangen mit der Stellung des Kanzlers, dem Gewicht des Parlaments und der zentralen Rolle der Fraktionen bis hin zum Bundesverfassungsgericht und zum Bundespräsidenten, der Einfluss nur durch die Überzeugungskraft seiner Reden gewinnen konnte. Vielleicht war die Bundeswehr sogar ein Stück moderner. Warum? Weil es ihr innerhalb von weniger als ein-

einhalb Jahrzehnten gelungen war, eine Millionenschar von Wehrpflichtigen, deren große Mehrheit nur widerwillig diente, zu einer Anerkennung der Tatsache zu bringen, dass die Bundesrepublik nicht nur wegen ihrer wirtschaftlichen Erfolge verteidigungswert war.

Brandt hatte in seiner ersten Regierungserklärung festgestellt: »Die Schule der Nation ist die Schule.«³¹ Das war gegen Tendenzen auf der Rechten gerichtet, die die Bundeswehr zum ideologischen Bollwerk gegen die aufbegehrenden Teile der jungen Generation machen wollten. Dabei kam zu kurz, dass die Bundeswehr neben den Gewerkschaften nicht nur zur größten Fortbildungseinrichtung der Nation geworden war, sondern in Teilen auch zu einer Art Hilfsschule der Nation zu geraten drohte. Das durch die Studenten- und Schülerbewegung stark geprägte Meinungsklima unter den Jungen hatte dazu geführt, dass an vielen Schulen ganze Abiturjahrgänge das Recht auf Wehrdienstverweigerung in Anspruch nahmen.

Das steigende Defizit an Wehrdienstleistenden mit höheren Bildungsabschlüssen hatte in zweierlei Hinsicht Folgen: Erstens mussten auch Wehrpflichtige mit niedrigem Bildungsniveau, teilweise auch aus einem Sozialmilieu einberufen werden, in dem die Neigung zu Straftaten sowie zum Alkoholmissbrauch und Drogenkonsum größer war als in anderen Milieus. Von den Belastungen, die die Truppe dadurch erfuhr, bekam die Öffentlichkeit kaum etwas mit. Sie galten als Tabu, zumal Strafkompanien nach dem Muster der alten Wehrmacht zu Recht verpönt waren. Zweitens verkleinerte die abnehmende Zahl der Wehrpflichtigen mit Abitur oder Realschulabschluss das Personalreservoir, das für den Unteroffiziers- und Offiziersnachwuchs zur Verfügung stand. Dadurch wurde die inzwischen erreichte soziale Durchmischung des Offizierskorps – Söhne aus Arbeiterfamilien machten 17 %, solche aus Angestelltenfamilien 40 % des Führungspersonals aus – allerdings nicht beeinträchtigt. Abiturienten aus der unteren Mittelschicht wählten häufiger die Offizierslaufbahn, weil sie so auch ohne Studium in den höheren Dienst gelangen konnten. In dieser Hinsicht entsprach das Führungspersonal der Bundeswehr schon zu Beginn der siebziger Jahre mehr dem Bild einer pluralistischen Gesellschaft als etwa die Studentenschaft an den Universitäten mit ihrem immer noch hohen Anteil an Selbstrekrutierung der oberen Mittel- und Oberschicht.

In dieser Skizze sind nur einige der Probleme innerhalb eines komplexen Feldes umrissen, mit denen Schmidt konfrontiert war. Viele

andere – von der Wehrgerechtigkeit bis zu den Kosten und zum Umfang der Rüstung – kamen hinzu. Kannte er all die offenen und verdeckten Bruchzonen, in denen er sich künftig zu bewegen hatte? Vor allem: War er sich der Tatsache voll bewusst, dass die Bundeswehr in besonderer Weise der personalen Autorität an ihrer Spitze bedurfte, ja geradezu danach zu hungern schien? Nicht nur, weil dies in der Natur der militärischen Hierarchie lag und die Verfassung mit dem Doppelbegriff der Befehls- und Kommandogewalt dieses dem Minister vorschrieb; auch deshalb, weil der riesige Apparat – einschließlich der Zivilkräfte zählte er im Winter 1970 rund 640 000 Köpfe³² – mit seinen unzähligen Hierarchieebenen nach innen wie außen als Verkörperung der organisierten Unverantwortlichkeit erschien. Aus dem Nebel der weitgehend anonym erscheinenden Zuständigkeiten sollte wenigstens ein Gesicht heraustreten – das des verantwortlichen Ministers.

Schmidt hielt von der persönlichen Verantwortung in der Politik sehr viel. Max Webers Schrift »Politik als Beruf« hatte ihn darin bestärkt. Schon gar nicht betrachtete er Verantwortung als Restkategorie, als bloße heroische oder verzweifelte Geste, wie dies in Teilen des sozialwissenschaftlichen Diskurses Mode zu werden begann. Jedoch war er nicht bereit, die ihm in Kommentaren zuweilen zugewiesene Rolle des zentralen Therapeuten zu übernehmen, der dem Großkollektiv Bundeswehr »Heilung vom Leiden der Isolierungs- und Diffamierungsneurose«³³ versprach. Solches Leiden, das über bloßes Selbstmitleid hinausging, war ihm aus früheren Truppenbesuchen vertraut. Er versuchte ihm von Anfang an durch die im Parlament angekündigte »kritische Bestandsaufnahme« beizukommen. In einer Serie von Konferenzen, die nicht nur wie bisher meist üblich allein mit Kommandeuren, sondern auch mit Unteroffizieren, Leutnante, Kompaniechefs, später auch mit Wehrpflichtigen abgehalten wurden, wollte er möglichst offen diskutieren, um sowohl Sorgen und Nöte der Soldaten wie auch deren Lösungsvorschläge aufzunehmen. Das Letztere war buchstäblich gemeint. Denn ein Team aus dem Planungsstab begleitete die Veranstaltungen und wertete deren Ergebnisse für das angekündigte Verteidigungs-Weißbuch 1970 aus.

ERBLAST: VON GRASHEY ZU SCHNEZ

Die offene Diskussion erwies sich als ungemein nützlich. Die Bundeswehr wurde öffentlich erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet. In einer politisch zerklüfteten Medienlandschaft konnte es nicht ausbleiben, dass der lange meist nur verdeckt geführte Streit über die Innere Führung öffentlich wurde. Dieser hatte sich bisher meist an Einzelfragen entzündet und – etwa beim Konflikt über das Koalitionsrecht der Soldaten im Herbst 1966 – sogar zum Rücktritt des Generalinspektors Trettner und des Inspektors der Luftwaffe Panitzki geführt. Eine vor Schmidts Amtszeit unter der Ägide des Inspektors des Heeres, Albert Schnez, von dessen Führungsstab erstellte Studie machte erneut deutlich, dass ein Teil der in die Generalsränge eingerückten ehemaligen Wehrmachtsoffiziere noch immer nicht in der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Bundesrepublik angekommen war.

Die Ausarbeitung dieser »Schnez-Studie«, wie sie bald verkürzend hieß, war im Frühjahr 1969 von Generalinspekteur de Maizière ange-regt und von Verteidigungsminister Schröder gebilligt worden. Ihr ausdrücklicher Auftrag lautete, »ohne Rücksicht auf geltende Gesetze und ohne Rücksicht auf die Realisierbarkeit von Gesetzesvorschlägen de lege ferenda«³⁴ die eigene Meinung darzulegen. Nachdem die Studie³⁵ im Juni 1969 Schröder vorgelegt worden war, wurden der Generalinspekteur und dessen Stab mit der Auswertung beauftragt. Auf deren Basis sollten die auf dem Feld der Inneren Führung geltenden Regeln an die inzwischen eingetretene gesellschaftliche Entwicklung unter Berücksichtigung der im Truppendienst gemachten Erfahrungen angepasst werden. Wegen der Brisanz einiger der in der Studie enthaltenen Einschätzungen und Vorschläge hatte sie Schröder für »geheim« erklärt. Schon während der Arbeit an der Studie spürten die Traditionalisten Rückenwind. Sie lehnten seit Jahr und Tag den von den Reformern in der »Dienststelle Blank« 1953 konzipierten »Typ des modernen Soldaten«, der »freier Mensch, guter Staatsbürger und vollwertiger Soldat zugleich«³⁶ sein sollte, als nicht realisierbares Wunschbild ab und bestanden darauf, die Soldaten der Bundeswehr in erster Linie zu Kämpfern zu erziehen und auszubilden.

Der stellvertretende Inspekteur des Heeres, Generalmajor Hellmut Grashey, hatte in seiner Rede vor einem Informationslehrgang für

Offiziere in Generalstabs- und Admiralstabsdienst auf der Führungsakademie der Bundeswehr in Blankenese am 19. März 1969 über den »Zustand des Heeres« drei Ursachen für die Misere der Bundeswehr verantwortlich gemacht: Der Wehrbeauftragte sei das institutionalisierte Misstrauen gegen die Truppe, ebenso schädlich wie überflüssig. Die von der militärischen Hierarchie unabhängige Bundeswehrverwaltung hemme den Dienstbetrieb und nehme den Soldaten die Lust. Die Innere Führung sei nie reformiert worden und trage die Hauptschuld an der »inneren Not« der Streitkräfte. Da die Innere Führung und das mit ihr verbundene großzügige Disziplinar- und Beschwerderecht seinerzeit nur eine »Konzession an die SPD« gewesen sei, müsse die Bundeswehr »diese Maske nun endlich ablegen, die wir uns damals vorgehalten haben«. Diese Tiraden wurden durch die Feststellung ergänzt, die Bundeswehr müsse sich bereithalten, in der Bundesrepublik die Rolle des »Ordnungsfaktors« zu spielen. Generalinspekteur de Maizière versuchte zwar im letzten Punkt öffentlich abzuwiegeln – Grashey habe die Bundeswehr nur als Bereich benannt, in dem Ordnung herrsche und nicht als Faktor, der berufen sei, im Staat für Ordnung zu sorgen³⁷ –, aber er machte am Tag darauf intern am gleichen Ort und vor dem gleichen Publikum deutlich, Grasheys Ausführungen entsprächen nicht den Auffassungen der politischen und militärischen Führung.

Minister Schröder – seines Amtes auf der Bonner Hardthöhe müde geworden – gab Grashey die Möglichkeit, in einer Stellungnahme sein Bedauern über die »unrichtige« Form, in die er seine Gedanken gekleidet hatte, kundzutun und Formulierungen – wie »die Maske abnehmen« – als Missverständnis auszugeben. Keinesfalls, so hieß es in seinem Brief an den Minister, habe er damit ausdrücken wollen, »dass sich die Väter der Inneren Führung einer vorsätzlichen Täuschung schuldig gemacht hätten«.³⁸

Die Brisanz dieser Volte, mit der er von dem ursprünglichen Einverständnis ablenkte, diejenigen Offiziere, die wie er 1955 in die Bundeswehr eingetreten waren, hätten ihre wahre Gesinnung verborgen, entging offenbar dem Minister, denn er sprach ihm weiter das Vertrauen aus.³⁹ Als die Presse wenig später von dem Vorgang Wind bekam, beschäftigte sich auch der Verteidigungsausschuss mit den Äußerungen Grasheys. Da Schröder für ihn sprach, beließ es der Ausschuss bei einem milden Tadel.⁴⁰ Wie sicher sich Grashey fühlte, geht

aus einem Dankschreiben an Schröder hervor, dessen Schlusssatz lautete: »Noch höher aber als den Schutz meiner Person werte ich Ihr Verdienst, dadurch den Weg zur Modernisierung des Konzepts der Inneren Führung freigemacht zu haben.«⁴¹

Schmidt hatte wenig später in einer öffentlichen Rede vor Soldaten die Wendung »die Maske abzulegen« als »gefährlich falsch« und »schlimmes Wort« bezeichnet, weil sie missverstanden werden könne, als ob die ganze Bundeswehr sich 15 Jahre eine Maske vorgehalten hätte, die nun endlich fallen würde, um ihr »wahres, völlig anderes Gesicht« zu zeigen. Er ließ ausdrücklich offen, ob der Verteidigungsminister die Entschuldigung Grasheys nicht zu früh angenommen habe und ob der Vorgang genau geprüft worden sei. Vor allem betonte er, dass die Grundsätze der Inneren Führung »für den inneren Dienstbetrieb der Streitkräfte bindende Grundlagen«^{41a} blieben.

Als wenig später bekannt wurde, dass der für das »Erziehungs- und Bildungswesen« der Bundeswehr zuständige General Heinz Karst – in früheren Jahren ein Mitarbeiter Baudissins – inzwischen die Meinung vertrat, dessen Konzeption sei »auf die Klippen geraten, vielleicht musste sie es, weil sie letztlich ein Widerspruch in sich selbst war, da sie eine unsoldatische Armee konstruieren wollte«⁴², bemühte sich Schmidt noch, Karst und Grashey »nicht in einen Topf zu werfen«, obwohl auch der Erstgenannte in seinen Ausbildungslehrstücken da und dort die Armee als elitären Ordnungsfaktor wieder aufleben ließ, der sich dem »Nihilismus«, dem »glaubenslosen Opportunismus« und der »Maßlosigkeit im Freiheitskonsum, gekoppelt mit sittlicher Maßlosigkeit«⁴³ in der modernen, pluralistischen Gesellschaft entgegenzustemmen habe.

Aber kurz danach wurde Schmidt hellwach, als solch kruder Konservatismus auch Eingang in eine Rede Kanzler Kiesingers fand. Vor der Hauptversammlung des Bundeswehrverbandes am 18. Juni 1969 hatte Kiesinger nicht nur die »Innere Führung«, sondern auch den Begriff des »Staatsbürgers in Uniform« als »altes Klischee« bezeichnet und den Wunsch geäußert, die Bundeswehr möge »zu einer großen Schule der Nation für alle jungen Leute werden«⁴⁴. In einem geharnischten Brief erinnerte ihn Schmidt daran, dass die Grundsätze für die Innere Führung nicht nur im Soldatengesetz verankert seien, sondern auch die Basis für die Tätigkeit der Wehrbeauftragten des Parlaments bildeten. Nicht ohne Sarkasmus verwies er darauf, dass Kiesinger in

seinem ganzen Leben nie Soldat gewesen sei. Er traue ihm, so hieß es da weiter, »ein erhebliches Einfühlungsvermögen in gesellschaftliche Bereiche zu, denen Sie selbst nicht zugehören. In diesem Falle ruft es meine entscheidende Kritik hervor, dass Sie sich offensichtlich mehr in die Vorstellungswelt des Generals Grashey einzufühlen vermögen als in gesetzlich normierte Zielsetzungen des Bundestages«. Der Brief endete mit der Aufforderung, »in der nächsten Woche Ihre Äußerungen zurechtzurücken«⁴⁵.

Dort fand die jährliche Debatte des Bundestages über den Bericht des Wehrbeauftragten statt. Nachdem sich Kiesinger zunächst nur auf eine etwas gewundene Weise von seiner Rede vor dem Bundeswehrverband abgesetzt hatte, wollte Schmidt eine konkrete Aussage. In Form einer Zwischenfrage empfahl er Kiesinger, klarzumachen, dass er genauso wie der Verteidigungsausschuss des Bundestages die Äußerungen des Generals Grashey bedauere und verurteile. Kiesinger kam der Aufforderung nach: Er befände sich in Übereinstimmung mit dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages. Nach dieser von Schmidt »positiv«⁴⁶ quittierten Erklärung beendete er zwar die Kontroverse mit dem Bundeskanzler. Aber der Fall Grashey war damit für ihn nicht erledigt. Den von Grashey erhobenen Vorwurf, das Konzept des »Staatsbürgers in Uniform« und der Inneren Führung sei nur als Konzession an die wehrunwillige SPD entstanden, hielt er nicht nur für ein gefährliches Missverständnis; er sah dadurch auch seine seit eineinhalb Jahrzehnten andauernden Bemühungen desavouiert, die Bundeswehr politisch in die lebende Verfassung und ins Bewusstsein auch der breiten Arbeitnehmerschaft zu integrieren.

Kaum zum Verteidigungsminister ernannt, ließ er Grashey von seiner Absicht unterrichten, ihn allenfalls bis zum 31. März des folgenden Jahres in der Position des stellvertretenden Heeresinspektors zu belassen und ihm eine weitere Beförderung zu versagen. Grashey reagierte auf eine Weise, wie sie erwartet werden konnte. Er schlug vor, ihn in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, nicht ohne seine Bereitschaft anzukündigen, »nach einer Änderung der Verhältnisse in den aktiven Dienst zurückzukehren«⁴⁷.

Von diesem psychologischen Kleinkrieg, der die sozial-liberale Koalition auch aus solchen Ecken – von den konservativen Medien gar nicht zu reden – von Anfang an begleitete, ließ Schmidt sich nicht beeindruckend. Haben die Sympathien, die seine Tätigkeit in den ers-

ten Monaten in weiten Teilen der Öffentlichkeit begleiteten, ihn dazu gebracht, die Sprengkraft der »Schnez-Studie« zu unterschätzen, von der Anfang Dezember 1969 Auszüge in der *Süddeutschen Zeitung* erschienen waren? Schmidt – auf einer NATO-Konferenz in Brüssel von dem Vorgang überrascht – erklärte, er kenne die Studie nicht. Dies entsprach den Tatsachen. Ohne sie zu prüfen, stufte er sie zunächst als »Zwischenmaterial« für die bevorstehende kritische Bestandsaufnahme ein.

Als er vollends zur Übernahme des Amtes bereit war, hatte Schmidt im Oktober 1969 Generalinspekteur de Maizière zu sich gebeten.⁴⁸ Möglicherweise kam von Letzterem die Anregung, auch mit den Inspektoren der Teilstreitkräfte, darunter Schnez, zu sprechen. Dieser war sein Stellvertreter gewesen, als er selbst noch als Inspekteur des Heeres tätig war. Für Schmidt war Schnez kein Unbekannter. Als es zwei Jahre zuvor um die Nachfolge General von Kielmanseggs als Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte Europa-Mitte gegangen war, hatte Schröder erwogen, Schnez für diese Position vorzuschlagen. Sie stand traditionsgemäß den Deutschen zu. Daraufhin waren zuerst in deutschen, später in niederländischen Zeitungen Vorwürfe gegen Schnez erhoben worden, die sich auf dessen Verhalten während des »Dritten Reiches« bezogen.

Einem Offizier seines Stabes soll er mit einer Anzeige gedroht haben, falls er sich weiter gegen den Nationalsozialismus äußere. Mehrere seit Anfang der sechziger Jahre unternommene Nachforschungen ergaben, dass die Vorwürfe sich nicht erhärten ließen. Schnez war nie Mitglied der NSDAP oder einer der ihr zugehörigen Organisationen gewesen. Es gab zwar eine Anzeige gegen den erwähnten Offizier seines Stabes. Aber sie stammte vom nationalsozialistischen Führungsoffizier (NSFO) des Stabes. Ihre Weitergabe soll von Schnez etliche Monate verschleppt worden sein. Eine Reaktion der vorgesetzten Dienststelle erfolgte jedenfalls erst zu einem Zeitpunkt, als der betroffene Offizier bereits in Kriegsgefangenschaft war.

Auch Schmidt war im Herbst 1944 wegen seiner Kritik an Göring von einem NSFO angezeigt worden. Seine Vorgesetzten schützten ihn vor weiteren Ermittlungen durch die Versetzung in ein Frontkommando. Sie taten dies – wie Schmidt Jahre später deren Verhalten kennzeichnete – »aus konservativer Anstandsgesinnung« und nicht, weil sie sich mit den Ansichten des »roten Oberleutnants« identifizierten.

Offensichtlich nahm er an, dass Schnez damals aus einer ähnlichen Regung heraus gehandelt hatte wie seine eigenen Vorgesetzten und hielt ihm dies – wie in einem Brief an einen führenden holländischen Sozialdemokraten deutlich wird⁴⁹ – zugute. Angesichts der Reaktion der öffentlichen Meinung in Holland war er allerdings »nicht sehr glücklich«⁵⁰ über dessen Nominierung als künftiger Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte Europa-Mitte. Im Herbst 1967 nahm die Bundesregierung denn auch ihren Nominierungsvorschlag zurück.

Im Jahr darauf wurde Schmidt von Verteidigungsminister Schröder über dessen Absicht informiert, Schnez zum Inspekteur des Heeres zu ernennen und auch das Kabinett damit zu befassen. Gestützt auf ein Votum Willi Berkhaus, der sich »das ganze Jahr hindurch sorgfältig mit der Sache Schnez befasst« habe⁵¹, riet Schmidt Brandt wie Wehner, gegen dessen Ernennung nicht zu intervenieren. Im Kabinett sollte jedoch gefragt werden, ob im Verteidigungsministerium »allen Hinweisen auf angebliche Belastungen des General Schnez bis ins letzte nachgegangen« worden sei. Als persönliche Einschätzung fügte er hinzu: »Im Übrigen ist Schnez von der militärischen Beurteilung aus gegenwärtig wohl der Geeignetste. Ich habe ihn früher nicht sonderlich geschätzt, in den letzten fünf Jahren aber den Eindruck gewonnen, dass er erheblich gereift ist.«⁵²

Diese Einschätzung hatte sich ein Jahr später nicht geändert, als Schmidt im Vorfeld der Amtsübernahme zunächst den Generalinspekteur und danach auch die Inspektoren der Marine (Vizeadmiral Jeschonnek), der Luftwaffe (Generalleutnant Steinhoff) und des Heeres zu Einzelgesprächen gebeten hatte. Die zweistündige Dauer des Gesprächs mit Schnez⁵³ signalisierte, dass es dabei in erster Linie nicht um Schnez als Person und dessen Stellung als Inspekteur des Heeres ging, sondern um dessen Stellvertreter Grashey, den Schmidt – wie erwähnt – nicht länger halten wollte.

Wenige Tage nach dem Gespräch übersandte Schnez dem künftigen Minister ein Exemplar seiner »Gedanken zur Inneren Führung«, die er Ende Mai 1969 niedergeschrieben und dem Generalinspekteur wie dem damaligen Minister Schröder zur Kenntnis gebracht hatte. Als die Denkschrift einige Wochen später veröffentlicht wurde⁵⁴, war davon die Rede, dass auf ihr »die umstrittene Geheimstudie«⁵⁵ – die ebenfalls Schnez zugeschrieben wurde – aufbaue. Ein Vergleich beider Schriften zeigt, dass diese Einschätzung weitgehend zutraf.

Schnez hatte sich allerdings mehrfach abgesichert. Er bezeichnete eingangs seine Gedanken als »Orientierungshilfe«, sprach der »militärischen Gründergeneration«, deren Konzept »in Ansatz und Grundsätzen richtig« gewesen sei, seinen Dank aus und berief sich auf eine »richtungsweisende Ansprache« des Ministers kurz zuvor.⁵⁶

Politisch brisante Themen streifte Schnez nur kurz. In den Passagen, die sich mit der staatsbürgerlichen Unterrichtung und Erziehung beschäftigten, die angesichts der sozial sehr unterschiedlich zusammengesetzten Armee von Wehrpflichtigen tatsächlich »hohe Anforderungen« an Offiziere und Unteroffiziere stellten, fanden sich durchaus positive Elemente – etwa die Öffnung des Unterrichts für Themen wie Europa, Entwicklungshilfe, zivilgesellschaftliches Engagement. Von Einsicht zeugten auch Hinweise über die Folgen der Technisierung der Streitkräfte, durch die sich die »unmittelbare Kampfverantwortung« immer mehr nach unten verlagere und mitverantwortliches Handeln bis in die unterste Ebene verlange. Die Erziehung zur selbstständigen Initiative sei so wichtig wie die zur Disziplin.

Obwohl dabei deutlich wurde, dass die Bundeswehr zunehmend auf das angewiesen war, was die Wehrpflichtigen mitbrachten, konzentrierte sich Schnez zu sehr auf deren Erziehung zum »Staatsbürger als Soldat«, nicht aber auf das Gesamtverhalten aller »Soldaten als Staatsbürger«, das den Wesenskern der »Inneren Führung« ausmacht. Der Bruch in der Argumentation wurde noch sichtbarer in der unvermittelten Bezeichnung der Bundeswehr als »Kampf-, Schicksals- und Notgemeinschaft«, deren »elementare Grundlagen die alten Soldatentugenden« blieben: »Tapferkeit, Ritterlichkeit, Gerechtigkeit, Fürsorge, Kameradschaft, Entschlossenheit, Opferbereitschaft, Disziplin und die Hingabe an eine Sache um ihrer selbst willen.«⁵⁷ Seine Vorstellungen verwiesen auf den von anderen »Ständen« gesonderten »Soldatenstand«, ausgezeichnet durch besondere Tugenden und Pflichten, aber auch im Besitz besonderer Rechte. Es war ein Abglanz jenes aristokratischen Sozialideals, dessen Mythos schon lange vor seinem Verblassen der Wirklichkeit nicht standgehalten hatte. Es ist unklar, ob Schmidt sich mit der Schnez'schen Denkschrift intensiver befasst hat.⁵⁸ Möglicherweise hat er sie in der Hektik des Anfangs beiseitegelegt oder nur die unverfänglich klingenden ersten Seiten überflogen. Als im Dezember 1969 dann die ersten kritischen Berichte über die detailliert ausgearbeitete Studie des Heeresführungsstabes mit

dem Titel »Gedanken zur Verbesserung der inneren Ordnung des Heeres« erschienen waren, musste er sich mit ihrem Inhalt auseinandersetzen.

Der Titel schien anzudeuten, dass es nur um die »innere Ordnung« als Teilaspekt der Inneren Führung gehen würde. Tatsächlich griff die Studie weit darüber hinaus. Das wurde schon in den Anfangspassagen sichtbar. Aus der Paradoxie der Abschreckung – kämpfen zu können, um nicht kämpfen zu müssen – wurde gefordert: »Soldat sein ist somit eine Aufgabe sui generis und nicht ein Beruf wie jeder andere.«⁵⁹ Schmidt notierte am Rand ein »nicht exakt«. Als ehemaliger Innenminister, der u. a. für Polizei und Feuerwehr verantwortlich gewesen war, konnte ihn dieser Befund nicht überzeugen.

In den Passagen, die auf den geistigen Horizont der Autoren verwiesen, gab es Ressentiments gleich rudelweise. Da wurde den »Problemen aus der Aufbauzeit« ein »Geschichtsbild« zugeordnet, das »durch Legendenbildung vom politischen Machtstreben des Soldaten und vom gleichzeitigen Vorwurf blinden Gehorsams unter der politischen Führung der Vergangenheit stark verzerrt«⁶⁰ worden sei. Den weiteren Befund – die Truppe sei weithin zur Geschichtslosigkeit verurteilt und ohne verpflichtendes Traditionsbewusstsein – tat Schmidt deshalb als »Geschwafel« ab.

Soweit die Verfasser bei ihren Leisten blieben, d. h. die konkreten Probleme der Truppe benannten, fanden sie zumeist Schmidts Zustimmung. Das reichte von der Klage über die Kompliziertheit der Dienstwege und die Vielfalt der Beschwerdemöglichkeiten, die den Alltag der Offiziere einengten und lähmten, über die Tendenz, von oben Absicherungsbefehle zu erteilen, bis zur Überforderung der Truppe durch eine zu große Fülle von Vorhaben, die zum »schweigenden Gehorsam« verführe.⁶¹ All dies hielt er seit Jahren für richtig und war seit Amtsantritt gewillt, so schnell wie möglich Abhilfe zu schaffen.

Den meisten Vorschlägen zur Änderung von Gesetzen, Schaffung einer Militärgerichtsbarkeit auch im Frieden, gar zur Änderung des Grundgesetzes – zur Verdeutlichung des Auftrages der Streitkräfte »oder zur Verschärfung der Kriterien für die Anerkennung als Verweigerer des Kriegsdienstes« – setzte er ein klares »Nein!« entgegen. Die Forderung nach Anerkennung des Soldatenberufs als Beruf »sui generis« versah er mit dem Hinweis: »Der Beruf des Richters, des Polizisten, des Pfarrers usw.; sie alle sind nach eigener Art.«⁶²

Die großen Fragezeichen, mit denen Schmidt einen Großteil der Ergebnisse versah, drückten sowohl Missbilligung als auch Ratlosigkeit aus: Missbilligung des Anspruchs, ja der Anmaßung, nicht nur die Bundeswehr, sondern auch die Gesellschaft von Grund auf umgestalten zu wollen – und dies mit einem rückwärtsgerichteten Geschichtsbild und soldatischem Leitbild und sehr magerer intellektueller Ausstattung! Und Ratlosigkeit, weil die Studie nicht nur unübersehbar von Schnez unterschrieben, sondern vom Vorgänger Gerhard Schröder in Auftrag gegeben und lobend in Empfang genommen worden war – allerdings weiterhin mit dem Stempel »Geheim« versehen.

Unvermittelt wurde Schmidt darauf gestoßen, dass er für die Kontinuität, die er bei der Übernahme des Amtes zugesagt hatte, fürs erste keinen geringen Preis entrichten musste. Langfristig war er sich seiner Sache sicher: Die geistige Überalterung, die in den Spitzenrängen des Heeres noch spürbarer war als die körperliche, ließ sich auf Dauer nur durch eine wissenschaftliche Bildung des Offiziersnachwuchses beheben. Zugleich wuchs die Ansicht, dass seine Vorgänger im Amt bislang Formen und Inhalte des soldatischen Leitbildes, besonders die zeitgemäße Menschenführung, viel zu sehr den konkurrierenden Gruppen in der Bundeswehr überlassen hatten.

Kurzfristig war die Lage prekärer. Je mehr die Vorgeschichte der Studie bekannt wurde, umso deutlicher wurde, dass außer Schnez, Grashey und Karst auch die kommandierenden Generäle aller drei Korps (Uechtritz, Thilo und Niepold) daran mitgewirkt hatten.

Sollte er, nachdem er im Fall Grashey ein erstes Signal gesetzt hatte, nun die ganze übrige Spitze des Heeres auf einen Schlag nach Hause schicken – mit unübersehbaren Konsequenzen bis hin zum Bündnis? Es erschien ihm auch zu billig, seinen anfänglichen Fehler – die Studie zum »Zwischenmaterial« für die kritische Bestandsaufnahme zu erklären – durch eine solche Überreaktion zu kompensieren. Aber nachdem er am 16. Dezember 1969 die Studie dem Parlament und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hatte, war absehbar, dass der Chor der Kritiker anschwellen würde. Deshalb suchte er, wie er kurz nach Jahresbeginn intern ankündigte,⁶³ Rückendeckung beim Kanzler.

Am 7. Januar 1970 flogen Schmidt und Berkhan auf die tunesische Insel Djerba, wo Brandt Urlaub machte. Schmidt legte anfangs dar, dass für die allermeisten Soldaten der Begriffsinhalt dessen, was »Innere Führung« heiße, undeutlich geblieben sei. Dennoch sei daran

festzuhalten. Im Kampf zwischen der Gruppe der Baudissin-Anhänger und der Karst-Grashey-Gruppe sei es durch die letztere zu Entgleisungen gekommen. Sein Vorgänger Schröder habe im Unterschied zu ihm seinerzeit nicht Stellung genommen. Deshalb sei das Vorgehen gegen Grashey gerechtfertigt gewesen. Abgesehen von dieser Ausnahme habe er sich an die Kontinuität im Personellen gehalten. Die Anhänger Baudissins hätten die beiden Schnez-Papiere der Öffentlichkeit zugespielt, um ihn zum Verlassen dieser Linie zu zwingen. Bestimmte Zeitungen wie *Frankfurter Rundschau* und *Spiegel* benutzten die Veröffentlichung, um sowohl ihm wie der Bundeswehr Unfähigkeit zu beweisen. Die Schnez'schen Papiere seien in einigen Punkten nicht akzeptabel. Aber im Heer identifiziere sich die Mehrheit der hohen Generäle mit der Studie. Die »Gefahr der Solidaritätsaktion« sei gegeben.⁶⁴

Dies war ein ernüchternder Befund. Schmidt zog daraus folgende Konsequenzen: Eine offene Missbilligung der Studie würde eventuell zum Rücktritt der gesamten Spitze des Heeres führen. Andererseits könne er die Studie auch nicht billigen. Der Tagesbefehl zum Jahreswechsel, der an die Regierungserklärung anknüpfe, mache deutlich, dass die Innere Führung gelte. Um auf andere Weise eine Vertrauenskrise zu vermeiden, sollte – abgesehen von der Position, die Grashey bisher innehatte – kein Personalwechsel an der Heeresspitze zum 1. April 1970 stattfinden. Die Ernennungen auf der Ebene darunter sollten aber als Signal der Erneuerung wirken.

Brandt billigte Schmidts Versuch, »die Sache rite durchzustehen«⁶⁵. Er war bereit, auf einer der Tagungen mit Soldaten im Rahmen der Bestandsaufnahme zu sprechen, und sagte seine Rückendeckung für den Parteitag zu. Denn schon damals trieb Schmidt die Sorge um, bei einem Weiterschwelen der Krise durch den im April 1970 bevorstehenden Parteitag als stellvertretender Parteivorsitzender abgewählt zu werden.⁶⁶ Wie die weitere Entwicklung zeigte, war die Sorge nicht unbegründet.

Auf die Tatsache, dass man es in der öffentlichen Kontroverse mit »vielerlei Fronten« zu tun und deshalb mit weiterer Kritik zu rechnen habe, wies er auch die kommandierenden Generäle hin, die sich am Abend des 8. Januar 1970 seiner Weisung folgend auf der Hardthöhe eingefunden hatten.⁶⁷ Deren Bestreben, Schnez möglichst aus der Schusslinie zu halten und die Verantwortung für die »Studie« gemeinsam zu übernehmen, war unverkennbar. Besonders groß war

die Erregung der Generäle über die Kritik des *Spiegel*-Herausgebers Augstein. Dieser hatte »nur« geschrieben: »Wenn wir Vertrauen in die Bundeswehr haben sollen, dann gewiss nicht in diese Kaffeestrategen [...]. Diese Armee ist [...] trotz Helmut Schmidt noch kein Silberstreif am Horizont.«⁶⁸

Schmidt empfahl ihnen aber, sich »eine dickere Haut zuzulegen. Augstein sei nicht der Praeceptor Germaniae«.⁶⁹ Er informierte aber den Kanzler, dass Augsteins Angriffe »eine beträchtliche Unsicherheit im Offizierskorps hervorgerufen hatten: [...] Bis auf den klugen Maizière sind die 3-Sterne-Generäle politisch sehr naiv – aber sie sind andererseits gewiss zum Verfassungsgehorsam fest entschlossen. Sie halten sich für inzwischen gelernte Demokraten (und sind als solche bestimmt nicht schlechter als viele andere Konservative), haben aber das Ertragen öffentlicher Kritik immer noch nicht gelernt«.⁷⁰

Vor dem Parlament widersprach Schmidt der in einigen Zeitungen aufgegriffenen Behauptung, dass ihm oder dem Generalinspekteur »einer oder mehrere der Generäle mit ihrem Rücktritt gedroht« haben und fügte hinzu: »Wenn jemand solches unternehmen sollte, würde sein Rücktrittsgesuch innerhalb von zwei Minuten angenommen werden.«⁷¹ Im Übrigen forderte er alle Soldaten dazu auf, egal, »ob es sich um junge Unteroffiziere handelt oder um Generäle, [...] innerlich bereit sein zu müssen, nicht nur Kritik von ihren Vorgesetzten zu beherzigen, sondern auch öffentliche Kritik zu ertragen und darauf zu prüfen, ob an dieser öffentlich geäußerten Kritik etwas Berechtigtes sei. Sie müssen auch bereit sein, ungerechtfertigte Kritik gelassen zu ertragen.«⁷² Der letzte Satz war ein Appell an sich selbst. Denn die Angriffe richteten sich zunehmend gegen ihn. Seine Erklärung, am Willen der Generäle zum Gehorsam gegenüber der Verfassung sei nicht zu zweifeln, wurde flugs zur »Ehrenerklärung« umgedeutet.

Wenn es aus Ost-Berlin so herüberschallte, gehörte dies zur Normalität, denn Schmidt wurde dort von Beginn an als »Kriegsminister« in den Sack der »Militaristen und Revanchisten« gesteckt.⁷³ Problematischer war schon, dass das *Neue Deutschland* dabei an eine Erklärung des Bundesvorstandes der Jungsozialisten anknüpfen konnte, die das Verhalten der Generäle und des Verteidigungsministers »gleichermaßen skandalös« nannte.⁷⁴ Historische Parallelen wurden eifertig gezogen und Äußerungen der Generäle mit denen des Generals von Seeckt gleichgesetzt.⁷⁵ Der *Spiegel* beteiligte sich an der Verbreitung

des Etiketts »Schmidt-Noske« – angeblich aus dem Munde der Linken in Schmidts Wahlkreis Hamburg-Bergedorf.⁷⁶

Augstein selbst variierte dieses Thema mit einem Beitrag, der die Überschrift »Schmidt-Schneze« trug.⁷⁷ Als Schmidt daraufhin in einem Brief an die Redaktion darum bat, zumindest die ihm unterstellten Soldaten fair zu behandeln⁷⁸, nahm Augstein den Ball auf. Er belehrte ihn einmal mehr, dass sie beide »grundverschiedene Aufgaben« hätten: »Wenn Sie Recht hatten, so zu verfahren, wie Sie getan haben, und ich halte es für möglich, so schien es mir doch geboten, zu schreiben, wie ich getan habe. Sie müssen den Naturschutzpark hegen, ich muss ihn aufstören.«⁷⁹

Der letzte Satz störte Schmidt besonders: »Keineswegs« – so seine Antwort – »muss ich den ›Naturschutzpark hegen‹; ich habe im Gegenteil die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, zu jäten, zu roden, anzupflanzen usw. Aus Gründen, die so vielfältig sind, dass Ihre Ausführung den Rahmen eines Briefes wirklich sprengen würde, kann diese kaum im Wege dramatischer Effekte und auch ansonsten nicht über Nacht geschehen, nachdem seit 1955 ausschließlich konservative Politiker die Personalpolitik der Streitkräfte, ihre politische und erzieherische Beeinflussung etc. monopolistisch in der Hand gehabt haben.«

Schmidt bot schließlich Augstein an, durch Truppenbesuche ohne offizielle Begleitung, in der direkten Begegnung mit Wehrpflichtigen, Unteroffizieren und Offizieren, aber auch in Vier-Augen-Gesprächen mit jedem gewünschten militärischen Partner in Bonn – soweit er (Schmidt) ihn dazu überreden könne – die Bundeswehr in ihrem heutigen Zustand aus eigener Sicht zu erfahren und zu verstehen.⁸⁰

Bei allem Scharfsinn, aller polemischen Begabung und öffentlicher Resonanz, die Schmidt ihm zurechnete – deshalb warb er auch um ihn –, teilte Augstein im Hinblick auf die Bundeswehr die Berührungängste der Mehrheit der liberalen, linksliberalen und sozialdemokratischen Journalisten.⁸¹ Das erhöhte die Schwierigkeit, die gegenseitigen Vorbehalte, ja das Misstrauen abzubauen. Die wohlwollend-kritische bis neutrale Haltung, mit der liberalkonservative Journalisten wie Wolfgang Höpker (*Christ und Welt*), Wolfram von Raven (*Die Welt*) und Adelbert Weinstein (*FAZ*) Schmidt zunächst begegneten, nützte ihm in jenem Spektrum der linken Mitte, dessen Vorbehalte er abzubauen versuchte, überhaupt nichts. Eher im Gegenteil: In einer wieder zunehmend ideologisch polarisierten Atmosphäre wurden in diesem Spek-

trum Kommentare von Zeitungen des Springer-Verlags, der vehement gegen die neue Ostpolitik operierte, argwöhnisch registriert.

Das Dilemma lag aber auch in der Sache selbst. Dem bei der Mehrzahl der längerdienenden Soldaten vorhandenen Gefühl, von der übrigen Gesellschaft nicht recht ernst genommen und akzeptiert zu werden, gesellte sich der durch den Personalmangel verstärkte Eindruck zu, von der Politik ständig überfordert zu werden.

Die Folgen waren unübersehbar: Verantwortungsscheue, Tendenzen des Sichabschottens von der Gesellschaft und der Pflege der – meist rechtskonservativen – Gesinnung. In etlichen Äußerungen Schmidts wurde deutlich, dass er bei den Diskussionen mit Angehörigen von Soldaten aller Dienstgrade von der Intensität tief eingeschliffener Mentalitäten selbst überrascht war. Ahnte er, dass die angestrebte »innige Verbindung« von Soldaten und Gesamtgesellschaft⁸² – ein Zitat aus der Zeit Scharnhorsts, das er anfangs mehrfach benutzte – allenfalls ein Fernziel bleiben würde?

Öffentlich machte er jedenfalls von dieser Ahnung keinen Gebrauch. Ähnlich verhielt es sich mit der Erkenntnis, dass er anfangs die aus dem Amt selbst kommenden Schwierigkeiten unterschätzt hatte. Umso weniger hielt er sich intern zurück. Hatte er noch im Dezember 1969 an die ihm seit vielen Jahren vertraute Gräfin Dönhoff geschrieben, die drei Jahre Fraktionsführung in der Großen Koalition seien »psychisch bei weitem aufreibender« und »die bei weitem schwierigste Phase meines Lebens gewesen«⁸³, klang dies einige Wochen später schon anders: »Das jetzige Amt ist in dieser Beziehung« – gemeint war die enorme Anspannung in den drei Jahren zuvor – »um keinen Deut vorteilhafter, eher im Gegenteil. Angesichts vieler notwendiger und mancher überflüssiger (Schnez!) Widrigkeiten, mit denen ich mich herumschlage, komme ich mir selbst wie ein Preuße vor. Man versucht, seine Pflichten zu erfüllen, des ausbleibenden Dankes des Vaterlandes (in diesem Falle: meiner eigenen Partei) durchaus gewiss.«⁸⁴

Das Motto »Ich werde meine Pflicht tun – aber allzu viel Freude wird nicht dabei sein«⁸⁵ durchzog in jenen Wochen auch andere Äußerungen. Zuviel Selbstmitleid? Jedenfalls, eine gute Portion davon. Es war Ausdruck jenes Zwangs, sich stets aufs Neue zur Geduld zu mahnen. Und Geduld gehörte zu den rarsten Ressourcen, über die er verfügte: »Mein ganzes Leben habe ich den ernstesten Willen dazu immer aufs Neue gefasst, aber oft genug spielt mir die Ungeduld einen

Streich«⁸⁶ – mit diesem Stoßseufzer bat er Brandt in jenen Tagen um Nachsicht, dass er zu Verständnis und freundschaftlicher Kooperation auch weiterhin bereit sei, kaum aber zu der von diesem ebenfalls erbetenen Geduld.⁸⁷

Indessen war Schmidts Vermutung übertrieben, die »Schnez-Kalamitäten« seien nur der Anfang und der vom *Spiegel* bis zum SPD-Partebezirk Hessen-Süd unternommene Versuch, die Partei gegen den sozialdemokratischen Verteidigungsminister zu mobilisieren, werde »vielfach neue Ansatzpunkte finden«.⁸⁸ Entlastung kam zunächst von einer Gruppe von Leutnanten, die dem gängigen Klischee vom jungen Offizier so gar nicht entsprechen wollte. Politisch waren die jungen Offiziere bisher nicht hervorgetreten. Umso größer war das Aufsehen in der Öffentlichkeit, als Ende Januar 1970 neun Thesen einer Gruppe von Leutnanten bekannt wurden. Sie hatten während ihres Lehrgangs an der Offiziersschule II in Hamburg Ende 1969 an einem Seminar über Innere Führung teilgenommen. Dort hatten sie nicht nur Baudissins Ideen anhand seines Buches »Soldat für den Frieden« diskutiert, sondern konnten mit ihm selbst, dem »Vater der Inneren Führung«, die Debatte führen. Die zwanzig jungen Offiziere hatten sich für diesen Disput mit dem General außer Dienst durch die Formulierung der neun Thesen vorbereitet.

Schon die Begründung der ersten These – »Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der eine Sache nicht um ihrer selbst willen tut«⁸⁹ – hielt der Schnez-Studie vor, die Hingabe an eine Sache um ihrer selbst willen dem soldatischen Tugendkatalog zuzurechnen. In der deutschen oder preußischen Tradition sei es immer darum gegangen, eine Sache um ihres Ziels willen zu tun. Dieses Ziel müsse in einer sinnvollen Funktion gesehen werden: Diese Funktion heiße für sie die Optimierung der Gesellschaft. Diese könne nicht wertfrei sein, sondern sei an das Grundgesetz der Bundesrepublik gebunden. Auf dieser Grundlage sähen sie das Ziel ihrer Funktion in der Friedenserhaltung und Friedenswiederherstellung. Die Letztere könne einen Kampfauftrag beinhalten.

Die meisten anderen Thesen der »Leutnante '70«, wie sie sofort von der Presse etikettiert wurden, offenbarten eine geistige Frische, die einen neuen Typus des Offiziers verhieß, der fähig war, mit der demokratischen Praxis zurechtzukommen. Dazu gehörten die Ablehnung der Tradition, soweit sie aus bloßer Reproduktion bestand und

auf Neuschöpfung verzichtete (These 3), die Bereitschaft, nicht Personen und Dienststellen, sondern nur dem verfassungsmäßigen Auftrag Loyalität entgegenzubringen (These 5), die Forderung, Verstöße gegen ein Wehrkonzept im Rahmen der Verfassung zu ahnden (These 6), der Anspruch auf scharfe Trennung von Dienstzeit und Freizeit und das dort indirekt enthaltene Streben nach Glück (These 8), schließlich ein Verständnis der in der Armee erforderlichen Erziehung zur Disziplin, das vor allem auf das »Heranführen an die Mündigkeit und der aus ihr entspringenden Selbstdisziplin« setze.

Gewiss, es gab auch einige Ungereimtheiten, die auf unzureichenden historischen Kenntnissen oder jugendlichem Überschwang beruhten. In These 4 wurde gefordert, dienstliche Anordnungen eines Vorgesetzten in Frage stellen zu können und zugleich bereit zu sein, sein eigenes Verhalten in Frage zu stellen. Damit verbunden sollte das Recht sein, dem Vorgesetzten dessen mangelnde Eignung vorhalten zu können. Kein Wunder, dass Schmidt, obwohl er in den Thesen »viel Positives« sah und dem eigenen Vernehmen nach dafür gesorgt hatte, dass sie öffentlich diskutiert wurden und ins Fernsehen kamen⁹⁰, diesem Anspruch mit den Worten entgegentrat, auch in Zukunft werde ein Leutnant nicht darüber entscheiden, ob jemand Kommandeur bleibe oder nicht.⁹¹

Die in den Leutnant-Thesen entwickelte Vorstellung, die Gesellschaft gestalten zu wollen, setzte Schmidt mit der ähnlich klingenden Zielsetzung der Schnez-Studie gleich: In einer Rede vor dem SPD-Parteirat im Februar 1970 verwies er auf den in beiden Papieren enthaltenen »Denkfehler«. Es sei die Gesellschaft, die sich ihre staatlichen Einrichtungen schaffe, darunter auch die Bundeswehr, und nicht umgekehrt. Die Jüngeren würden dies schneller einsehen als die Alten. Er sage ihnen dann auch, jeder Einzelne von ihnen sei ein Stück dieser sehr pluralistischen Gesellschaft. Die Diskussionen in den Anhörungen seien von größerer Vielfalt als die auf den sozialdemokratischen Parteitag. Nur dauere es lange, »bis die Leute den Mut kriegen, mit sich selber auch so zu reden«.⁹²

Politisch war es verständlich, mit der Nennung der beiden Positionen im gleichen Atemzug die große Spannweite der bundeswehrinternen Diskussion hervorzuheben und sich als Weltkind in der Mitte zu präsentieren. Aber dabei hatte er den Kern der Auseinandersetzung auf einen zu einfachen Nenner reduziert. Baudissin, auf den er sich

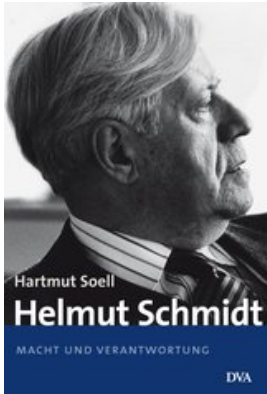
gelegentlich berief, beurteilte die Leutnante positiver, obwohl er, wie er aus gegebenem Anlass⁹³ Anfang März schrieb, immer mit Schärfe gegen jede Absicht aufgetreten sei, mit der Institution Bundeswehr Innen- oder Gesellschaftspolitik zu treiben, weil dies »schlicht Militarisierung« bedeute. Anders sei es mit dem Einfluss der einzelnen Soldaten als kritische Staatsbürger in den verschiedenen Gruppierungen der Gesellschaft. Deshalb erscheine ihm der Wunsch der Leutnante durchaus legitim, als Staatsbürger das Ihre für eine freiheitliche Weiterentwicklung der Gesellschaft beizutragen. Die »Schnezerei« könne er allerdings nicht in die gleiche Kategorie einordnen, da diese offensichtlich »von oben« her reformieren und die Bundeswehr als »Hebel und Maßstab« benutzen wolle.

Trotz dieses Dissenses in einem wichtigen Punkt bestand weitgehend Einigkeit über die notwendigen personellen Veränderungen an der Führungsspitze des Heeres. Um den »Diskriminierungseffekt« zu vermeiden, plante Schmidt auch die kommandierenden Generale der Luftwaffe in den für den Herbsttermin vorgesehenen »Altersschub« ein. Ein früheres Datum, das er angesichts des öffentlichen Echos Ende Januar 1970 »ernsthaft überlegt« hatte, verwarf er, weil es eine »unanständig kurze Zeit« für die Unterrichtung der Betroffenen und deren Sich-Einrichten auf die künftige Lebenssituation gelassen hätte.⁹⁴

Er kündigte auch an, dass den Hauptautoren der Schnez-Studie die Übernahme einer Division und damit der weitere Aufstieg verwehrt werde. Im Übrigen wollte er im Zuge der Umorganisation der Spitzengliederung der gesamten Bundeswehr die Position eines Generals des Erziehungswesens nur noch dem Generalinspekteur und nicht mehr der Heeresspitze zuordnen.

POLITISCHE UND MILITÄRISCHE FÜHRUNG: DER BLANKENESE-ERLASS

Vorstellungen für eine zeit- und sachgemäße Spitzengliederung hatte Schmidt Jahre zuvor für eine Entschließung des SPD-Parteitag in Karlsruhe (1964) entwickelt.⁹⁵ Zu jener Zeit waren auf Seiten der Regierung wie der Opposition Überlegungen im Gange, die politische und militärische Führungsstruktur des Ministeriums in einem Organisationsgesetz zu regeln. Als Sprecher der Opposition hatte Schmidt



Hartmut Soell

Helmut Schmidt

Macht und Verantwortung
1969 bis heute

Gebundenes Buch, Leinen mit Schutzumschlag, 1088 Seiten,
14,5 x 21,5 cm
ISBN: 978-3-421-05795-2

DVA Sachbuch

Erscheinungstermin: November 2008

Zum 90. Geburtstag Helmut Schmidts – der Abschluss der großen Biographie

Helmut Schmidt ist der angesehenste Politiker und Elder Statesman Deutschlands. Seine Erfahrungen und sein hoher analytischer Verstand gepaart mit rhetorischer Überzeugungskraft machen den Mitherausgeber der »Zeit« noch heute zum gefragten Gesprächspartner und Ratgeber. Zu seinem 90. Geburtstag erscheint der zweite Teil der Biographie des früheren Bundeskanzlers aus der Feder des Historikers Hartmut Soell, der wie kein anderer Zugang zu bisher unzugänglichen Quellen, darunter auch zu Schmidts reichhaltigem Privatarchiv, hat.

Im zweiten Band seiner anschaulich erzählten Biographie schildert Hartmut Soell die Zeit Helmut Schmidts in der Regierung: zunächst als Verteidigungsminister, dann in den Ressorts Wirtschaft und Finanzen, bevor er 1974 in der Nachfolge Willy Brandts zum Bundeskanzler gewählt wurde.

Die weltweite Wirtschaftsrezession in Folge zweier Ölkrisen, der Terrorismus der RAF, die Gründung der G7 und des europäischen Währungssystems sowie der höchst umstrittene Nato-Doppelbeschluss, der letztlich zur Auflösung der Blöcke beitrug, gehörten zu den größten Herausforderungen seiner Kanzlerschaft, die 1982 mit einem Misstrauensvotum ihr jähes Ende fand. Soell nimmt auch die Zeit danach in den Blick, in der Schmidt der Öffentlichkeit als Publizist und weltpolitischer Beobachter erhalten geblieben ist.

Auf einmaliger Quellenbasis, reich an Details und ausgewogen im Urteil zeichnet Soell das Lebensbild Helmut Schmidts von 1969 bis heute – und entwirft gleichermaßen ein Panorama der deutschen Geschichte und Politik



Der Titel im Katalog